

Dienstag, 20. Oktober 2009

## Europa/GUS

### Vorreiterrolle europäischer Staaten gefährdet

### Verschärfte Situation der Journalisten in Russland

---

Die Zahl der europäischen Länder auf den ersten 20 Rängen war noch nie so niedrig seitdem die jährliche Rangliste das erste Mal im Jahr 2002 erstellt wurde.

Bulgarien ist weiterhin das Schlusslicht in der Europäischen Union: Seit 2007 hat sich die Platzierung des südosteuropäischen Landes konstant verschlechtert. Im Vergleich zum Vorjahr hat Bulgarien neun Plätze verloren und steht nun auf Rang 68.

Den größten Abstieg in Europa verzeichnete in diesem Jahr die Slowakei: Das Land sinkt um 37 Plätze und liegt nun auf Platz 44. Diese Entwicklung ist zum einen auf eine verstärkte Zensur von Veröffentlichungen durch die Regierung zurückzuführen. Ausschlaggebend ist ferner ein im Jahr 2008 verabschiedetes Gesetz, das jedem ein automatisches Gegendarstellungsrecht in den Medien einräumt. Wenn sich also kritisierte Politiker in ihren Rechten verletzt fühlen, und eine Gegendarstellung fordern, müssen Medien diese widerstandslos veröffentlichen.

Ebenfalls stark verschlechtert hat sich die Lage in zwei Staaten, die Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft sind: Kroatien sank dieses Jahr um 33 Plätze und ist nun auf Platz 78. Die Türkei verlor 20 Plätze: Der Fall des Landes von Rang 102 auf 122 ist mit der starken Zensur im Land zu erklären. Die Meinungsfreiheit wird in dem Land immer wieder auf der Grundlage verschiedener gesetzlicher Regelungen eingeschränkt: Dazu gehören neben dem Gesetz 5816 vor allem der Artikel 301 im türkischen Strafgesetzbuch über die „Verunglimpfung des Türkentums, der Republik und der Grundlagen der Institutionen des Staates“ sowie der Artikel 216 über die „Anstiftung zu Feindschaft und Hass in der Bevölkerung“ und die „Erniedrigung religiöser Werte“. Insbesondere die Berichterstattung über kurdische Minderheiten unterliegt regelmäßig der staatlichen Zensur.

Kroatien, ein Anwärter auf EU-Mitgliedschaft, rutscht um 33 Plätze auf Rang 78 ab: Journalisten sind in dem südosteuropäischen Land werden immer wieder Ziel von Angriffen krimineller Gruppen.

Die organisierte Kriminalität und verschiedene Formen von Druck, den Vertreter aus Politik und Wirtschaft auf Medien ausüben, sind die Hauptgründe für die Platzierung von Bulgarien (68.) und Italien (49.). In diesem Jahr erzielt Italien das schlechteste Ergebnis der sechs europäischen Gründungsstaaten. Ursachen für das schlechte Abschneiden sind unter anderem die Drangsalierung der Medien durch Silvio Berlusconi und die damit verbundene staatliche Einmischung. Aber auch gewaltsame Übergriffe auf Journalisten durch die Mafia sowie ein Gesetz, das die Veröffentlichung von offiziellen Abschriften abgehörter Telefongespräche einschränkt, hatten Einfluss auf Italiens Platzierung.

Frankreich landete dieses Jahr auf Platz 43 und schneidet damit acht Plätze schlechter ab als beim Ranking 2008. Die Ursache sind unter anderem juristische Ermittlungen gegen Journalisten, Festnahme von Reportern und Durchsuchungen bei Nachrichtenmedien. Auch die Einmischung von hochrangigen Politikern wie Präsident Nicolas Sarkozy in die Berichterstattung einiger Medien sorgten für eine negative Bewertung.

Die repressivsten Länder bleiben auch in diesem Jahr Usbekistan (160.) und Turkmenistan (173.). In diesen Staaten sind Zensur, Willkür und Gewalt gegen Journalisten weiterhin an der Tagesordnung. Der Dialog mit der Europäischen Union hat bisher keine Verbesserung der Lage der Menschenrechte in diesen Ländern gebracht. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die internationale Gemeinschaft das Recht auf freie Meinungsäußerung energiepolitischen Zielen opfert. Sowohl Usbekistan als auch Turkmenistan verfügen über wichtige Energieressourcen, unter anderem über große Mengen an Kohlenwasserstoff.

Russland verschlechtert seine Position um 12 Plätze (153.) und fällt damit zum ersten Mal hinter Weißrussland zurück. Grund für diese Entwicklung im dritten Jahr nach dem Tod von Anna Politkowskaja sind weitere Morde an Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Hinzu kommen gewaltsame Übergriffe gegen Medienschaffende, die zunehmende Zensur und die Unfähigkeit der russischen Justiz, die Verantwortlichen für die Journalistenmorde zu bestrafen.

In beinahe allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sind Rückschritte bei der Umsetzung des Rechts auf Pressefreiheit festzustellen. Ausnahmen bilden Georgien (81.) und Weißrussland (151.). In Weißrussland hat sich die Lage der Medien leicht verbessert, seitdem der Dialog mit der EU intensiviert wurde. Es ist jedoch schwer vorherzusagen, ob dieser Trend anhalten wird. Die Verbesserung von Georgien um 39 Plätze im Vergleich zum letzten Jahr ist auf das Ende des Krieges mit Russland zurückzuführen. Politische Spannungen haben jedoch weiterhin einen Einfluss auf die Medien.

Georgiens südkaukasischer Nachbarstaat Armenien (111.) verzeichnet dagegen einen starken Abstieg: Mehrere Fälle von gewalttätigen Übergriffen gegen Journalisten sowie die politischen Spannungen, die einen Einfluss auf die Medien und die Zivilgesellschaft hatten, haben zu dieser Bewertung geführt.

Besorgniserregend bleibt die Lage in Aserbaidschan. Grund für die schlechte Platzierung (146.) waren die Einschränkungen der Berichterstattung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im November 2008. Die Entscheidung des nationalen TV- und Radio-Rates, ausländischen Radiosendern wie *BBC*, *Radio Free Europe* und *Voice of America* zu verbieten, auf nationalen Frequenzen zu senden, war ebenfalls ein wichtiger Faktor dieser negativen Bilanz.

Auch in Zentralasien haben Verletzungen der Pressefreiheit zugenommen – namentlich in Kirgistan (125.) und Kasachstan (142.). Beide Staaten sind um jeweils 15 Plätze gefallen. In Kasachstan haben zahlreiche Verleumdungsklagen gegen unabhängige und oppositionelle Zeitungen und hohe Schadensersatzforderungen viele Medien zur Schließung gezwungen.

Ein weiterer Grund für die schlechteste Platzierung Kasachstans seit Veröffentlichung der ersten Rangliste im Jahr 2002 sind die wachsende Gewalt gegen Journalisten und zunehmende Versuche der Einschüchterung von Medienmitarbeitern. Repressionen gegen Onlinemedien haben sich ebenfalls verschärft. Auch in Kirgistan haben tätliche Übergriffe und Drohungen gegen Medienschaffende zugenommen. Einige Kollegen sind deswegen aus dem Land geflüchtet. Ein weiteres Problem war die einseitige Berichterstattung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 23. Juli. Außerdem hat der Druck auf internationale Radiostationen zugenommen, die derzeit nur noch mit staatlicher Lizenz lokal senden dürfen.